

Mehr Können?

Verfügbarkeit von einsatzbereiten und -fähigen Kräften der Bundeswehr

Rainer L. Glatz

Die Bundesrepublik Deutschland war bisher in der Lage, allen eingegangenen militärischen Verpflichtungen innerhalb der NATO, der EU und der VN gerecht zu werden.

Die Antwort auf die Frage, ob Deutschland in der Wahrnehmung seiner außenpolitischen Verantwortung künftig auch militärisch noch mehr leisten kann als bisher und der Forderung des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres nach mehr deutschen Blauhelmen nachkommen kann oder nicht, hängt im Wesentlichen davon ab, ob einsatzbereite und -fähige Kräfte der Bundeswehr für weitere Auslandseinsätze zur Verfügung stehen. Dies wiederum ist neben der physischen Verfügbarkeit von Soldatinnen und Soldaten abhängig von deren Ausbildungsstand und deren in Bezug auf die Einsatzgebiete und Mandate jeweils sach- und bedrohungsgerechten Ausstattung und Ausrüstung.

Personal: Nach 25 Jahren kontinuierlichen Personalabbaus beschloss das Verteidigungsministerium im Mai 2016, die Obergrenze für die Personalstärke des militärischen Personals der Bundeswehr bis 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten anzuheben (Trendwende Personal). Dies galt als notwendig, um den wachsenden sicherheitspolitischen Herausforderungen

und den zunehmenden internationalen Verpflichtungen auch durch eine Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft gerecht werden zu können.

Im März 2018 hatte die Bundeswehr noch eine Gesamtstärke von 179.496 aktive Soldatinnen und Soldaten (170.545 Berufs- und Zeitsoldaten sowie 8.951 FWDL – Freiwillig Wehrdienstleistende).

onalen und integrierten Stäben usw. enthalten sind.

Zusätzlich vermindert sich die Zahl der für weitere Auslandseinsätze verfügbaren Soldatinnen und Soldaten durch andere Maßnahmen/Verpflichtungen außerhalb von mandatierten Auslandseinsätzen und einsatzgleichen Verpflichtungen, wie z.B. die stark zugenommenen Übungsverpflichtungen



Foto: Bundeswehr

Derzeit sind rund 4.500 Soldatinnen und Soldaten in Einsätzen und UN-Missionen weltweit eingesetzt.

Diese Zahl ist nicht gleichzusetzen mit der täglichen sogenannten Dienstantrittsstärke in den Einheiten und Verbänden, die vermutlich – optimistisch gerechnet – irgendwo zwischen 140.000 und 150.000 liegen dürfte. Denn man muss die signifikante Zahl derjenigen abziehen, die sich in Aus- und Weiterbildung sowie in Dienstbefreiung befinden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass in dieser Zahl nicht nur die Soldatinnen und Soldaten in Einsatzverbänden, sondern auch diejenigen im Bundesministerium der Verteidigung, in Kommandobehörden und Ämtern, in Schulen, Ausbildungseinrichtungen, nati-

gen im Rahmen der NATO-Rückversicherungsmaßnahmen des Readiness Action Planes der NATO-Gipfel von Wales (2014) und Warschau (2016), durch die weitere Soldatinnen und Soldaten bereits national oder international gebunden sind. Hinzu kommen noch permanente Bindungen von Kräften durch so genannte Daueraufgaben wie z.B. Luftraumüberwachung (Air Policing), Host Nation Support für alliierte Streitkräfte und nationale Risikofürsorge (Kräfte für Geiselnbefreiungen und Evakuierung deutscher Staatsbürger und sonstiger Schutzbefohlener aus Krisenregionen), um nur einige zu nennen.

Autor

Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz ist Senior Associate an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und ehemaliger Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr (2009 bis 2013). Der Text ist eine leichte Aktualisierung eines Beitrages zu einer SWP-Studie unter dem Titel „Auslandseinsätze der Bundeswehr im Wandel“, im Erscheinen.

Darüber hinaus ist mit zu berücksichtigen, dass derzeit (Ende April 2018) mehr als 3.800 Soldatinnen und Soldaten in zwölf mandatierten Auslandseinsätzen und zwei weiteren Missionen (MINURSO und UNSMIL) eingesetzt sind. Hinzu kommen mit der Standing NATO Maritime Group 2 (SNMG 2) in der Ägäis und dem Kampftroopentruppenbataillon in Litauen im Rahmen von enhanced Forward Presence (eFP) zwei einsatzgleiche Verpflichtungen mit insgesamt ca. 700 Soldaten. Nimmt man diese Gesamtzahl von 4.500 Soldatinnen und Soldaten mal drei, wird deutlich, dass permanent 13.500 Soldatinnen und Soldaten in der Einsatzvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung von mandatierten Auslandseinsätzen, Missionen bzw. einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr gebunden sind. Dazu kommt noch eine nicht unerhebliche Zahl von Dienststellen und Soldatinnen und Soldaten, die zusätzlich im Inland mit der Führung und logistischen Unterstützung dieser Einsätze befasst sind. Konservativ geschätzt kommt man wahrscheinlich somit auf eine Gesamtzahl von insgesamt etwas mehr als 16.000 Soldatinnen und Soldaten. Für den Fall der Beibehaltung des jetzigen Umfangs der Auslandseinsätze erhöht sich diese Zahl der ständig gebundenen Soldatinnen und Soldaten dann in den Jahren 2018/19 und 2020 durch die deutsche Beteiligung an der NATO Response Force, einschließlich der deutschen Lead Nation-Funktion für die Gestellung der NATO-VJTF (Speerspitze), und die deutschen Beteiligungen an den EU Battle Groups in den Jahren 2018 und 2020 noch einmal erheblich, vermutlich auf zeitweise insgesamt knapp über 28.000. Damit wird deutlich, dass die künftig tatsächlich theoretisch verfügbare Zahl an Soldatinnen und Soldaten für weitere mögliche Auslandseinsätze erheblich unterhalb der zu Beginn genannten Gesamtstärke der Streitkräfte liegt. Dies führt schon heute zu einem mehr oder minder großen „Vakanzenmanagement“ (nicht nur) in den Einsatzzkontingenten der laufenden mandatierten Auslandseinsätze, das nicht allein darauf zurückzuführen war/ist, dass nach Informationen des Verteidigungsministeriums zum Jahresende 2017 etwa 21.000 militärische Dienstposten oberhalb der Mannschaftsebene vakant waren. Zusammengefasst kann man festhalten: Neben der immer stärkeren Diversifizierung der Einsatzaufgaben ist die Gesamtzahl der Einsatzverpflichtungen nicht geringer geworden. Im Gegenteil: Zusätzlich zu den Auslandseinsätzen sind jetzt neben der Re-Fokussierung auf die Bündnis- und Landesverteidigung eine Reihe unterschiedlich umfänglicher Verpflichtungen

hinzugekommen, die den NATO-Rückversicherungsmaßnahmen der NATO-Gipfel von Wales (2014) und Warschau (2016) zuzuordnen sind. Da die Maßnahmen der Trendwende Personal erst noch umgesetzt werden und greifen müssen, ist die personelle Decke für die Übernahme weiterer Auslandseinsätze eher als dünn zu bewerten.

Material: Ein weiterer Faktor für die Bewertung der Einsatzbereitschaft und zur Möglichkeit der Übernahme weiterer Verpflichtungen ist neben dem Personal die materielle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Hierzu ist grundsätzlich festzustellen, dass die Bundeswehr Anfang der 1990er Jahre in die mandatierten Auslandseinsätze mit dem Gerät und Material gegangen ist und auch gehen konnte, das ihr zuvor für die Bündnis- und Landesverteidigung in Mitteleuropa zur Verfügung stand. Dieses Material war entwickelt und „ausgerichtet“ auf die geographischen, topographischen und klimatischen Bedingungen in Mitteleuropa. So lange also Auslandseinsätze „vor der eigenen Haustür“ stattfanden (z.B. in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo) gab es mit diesem Gerät und Material – außer dessen Überalterung (teilweise schon in den neunziger Jahren mehr als dreißig Jahre alt) und damit steigenden Materialerhaltungskosten – zunächst keine wirklich nennenswerten Probleme.

Dies änderte sich einerseits mit der Erweiterung des Einsatzradius (höhere Durchschnittstemperaturen, höhere Luftfeuchtigkeit, Sand- und Staubbelastung etc.) und andererseits der geänderten Bedrohungsszenarien (z.B. Bedrohung durch improvisierte Sprengfallen etc.). Hier waren im Laufe der Zeit Anpassungen und Neubeschaffungen zur Abbildung geänderter und auch neuer Fähigkeiten erforderlich, was insbesondere der sich dynamisch entwickelnde Afghanistan-Einsatz beschleunigte. Viele dieser Beschaffungen erfolgten außerhalb der bisher geübten Haushaltspraxis über den so genannten einsatzbedingten Sofortbedarf.

Die Führung des Ministeriums priorisierte Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, die gemäß den verordnungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2011 dann als strukturbestimmend galten, vernachlässigte aber die restlichen Strukturen, da die Fähigkeiten zur Bündnis- und Landesverteidigung in den Hintergrund traten. Neben der Schaffung „hohler Strukturen“ griff das Verteidigungsministerium aufgrund des zusätzlichen Sparzwanges (schwarze Null plus Euro- und Finanzkrise) nach 2011 neben der Bevorratung von Munition und Ersatzteilen auch in die verfügbaren

Mittel für die Materialerhaltung ein. Dies rächt sich heute unter anderem durch die signifikant mangelnde Verfügbarkeit von Ersatzteilen.

In den Jahren 2014, 2015 und 2016 nahm der Verteidigungsausschuss des Bundestages jeweils im vierten Quartal (später November oder Anfang Dezember) den „Bericht (des Verteidigungsministeriums) zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“ entgegen – ein Dokument, das eigentlich eine sehr deutliche und offene Beschreibung der Mangelverwaltung war.

Ob für das Jahr 2017 eine Besserung eingetreten ist, erschien angesichts der gehäuften Pressemeldungen in 2017/2018 über den Einsatzbereitschaftsstand der Bundeswehr, unter anderem bei U-Booten, Fregaten, Hubschraubern oder Kampfpanzern, sehr fraglich. Dies wurde dann durch den „Bericht des Verteidigungsministeriums zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“ im Jahr 2017 erneut bestätigt.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels, hat aufgrund seiner Tätigkeit und der ihm vorliegenden Eingaben einen sehr guten Einblick in den Zustand und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Er behandelte dieses Thema prominent in seinen letzten Jahresberichten und stellte dazu am 21.01.2018 in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Focus folgendes fest: „Und die (Einsatzbereitschaft) ist in den letzten vier Jahren nicht wirklich besser, sondern eher schlechter geworden“. Während Auslandseinsätze mit kleinen Kontingenten gut gingen, sei die Bundeswehr als Ganzes „im Rahmen der kollektiven Verteidigung derzeit nicht einsetzbar“. Folgt man vor den zuvor dargestellten Gesamtzusammenhängen diesem sachkundigen Urteil, dann ist der Spielraum für weitere größere Auslandseinsätze der Bundeswehr oder die Bereitstellung von Hochwertfähigkeiten für Missionen unter dem Dach der UNO derzeit eng begrenzt. Dieser Spielraum wird nur dann wieder größer, wenn, abhängig von der sich jetzt abzeichnenden problematischen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes, die angekündigten Trendwenden bei Personal, Material und Finanzen tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden können. Dies wird, da unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen kaum umsetzbar, Jahre dauern. Bei der Frage des Mehr-Könnens ist also Geduld, vor allem aber politischer Wille und auch entsprechende politische Durchsetzungsfähigkeit der Trendwenden für Finanzen, Ausrüstung und Personal gefragt. ■